

Signatur: 2025.SR.0040
Geschäftstyp: Motion als Richtlinie
Erstunterzeichnende: Nora Joos (JA), Ronja Rennenkampff (JA), Anna Jegher (JA)

Einreichtdatum: 13. Februar 2025

Motion: Erhalt des Saunabetriebs im Hallenbad Weyermannshaus

Auftrag

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt:

Das Bauprojekt zum Neubau des Hallenbades Weyermannshaus sei mit dem Einbau einer öffentlichen Sauna im Rahmen des jetzigen Angebotes (Sauna, Kaltwasserbecken, Dampfbad und Ruhezone) zu ergänzen.

Begründung

Mit dem geplanten Neubau des Hallenbades Weyermannshaus, über welchen die Stimmbevölkerung am 9. Februar 2025 abgestimmt hat, fällt der letzte öffentliche Saunabetrieb der Stadt Bern weg. Dies, obschon das Angebot aktuell intensiv genutzt wird (speziell die Frauen-Tage). Für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen entfällt künftig das letzte kostengünstige Saunaangebot der Stadt. Der Gemeinderat argumentiert in der durch den Gemeinderat am 21. März 2018 verabschiedeten «Wasserstrategie», dass der Trend hin zu «Thematische Erlebniswelten» und «All Inclusive-Einrichtungen» (Fitness, Sauna, Gastronomie etc. an einem Ort) gehe und kleine, unattraktive, dezentrale Saunas deshalb zukünftig kaum mehr Chancen hätten. Unseres Erachtens widerspiegeln solche «All Inclusive-Einrichtungen» die Bedürfnisse lediglich eines Teils der Gesellschaft; speziell Bürger*innen ab 50, Migrant*innen und Rentner*innen verlieren durch diese Strategie den Zugang zu kostengünstigen gesundheitsfördernden Angeboten, welche durch private Anbieter nicht gedeckt sind. Die von privaten Anbietern betriebenen Wellnesszentren mit Saunalandschaft, z.B. im Hotel Schweizerhof oder die Sauna-Angebote in Fitnesszentren adressieren die oben genannten Bevölkerungsgruppen nicht oder nur ungenügend. Aus unserer Sicht besteht Bedarf an durch die öffentliche Hand zur Verfügung gestelltem niederschwelligem Zugang zu gesundheitsfördernden Angeboten, zu welchen Saunen, kombiniert mit der Möglichkeit einer Hallenbadnutzung, unverzichtbar sind.

„Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.“